

Kleine Anfrage 1072

des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW-Fraktion)

an die Landesregierung

Auskünfte und Rechtsstreite der Landesverwaltung im Zusammenhang mit „Frag-den-Staat“

Das Portal „Frag-den-Staat“ ist ein seit 2011 bestehendes gemeinnütziges Projekt des Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., das eine Internetplattform betreibt, die Nutzern die Wahrnehmung ihres Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen erleichtern soll. Dazu können auf Basis verschiedener Informationsfreiheitsgesetze Anfragen an Behörden gestellt werden. Die technische Plattform des Portals wird von themenverwandten Kampagnen, Recherchen und Klagen ergänzt, welche von einem Projektteam und häufig in Zusammenarbeit mit anderen Nichtregierungsorganisationen oder Nachrichtenmagazinen organisiert und betrieben werden. Ggü. den Landesbehörden Brandenburgs bestehen aus AIG, UIG und IFG ebenfalls zahlreiche Auskunfts- und Informationsansprüche.

Ich frage dazu die Landesregierung:

1. Wie viele Auskunftsansprüche (auf Akteneinsicht und/oder Auskunft) von „Frag-den-Staat“ sind in der Landesverwaltung in den Jahren 2019 bis 2025 und bisher in 2026 eingegangen und wie viele wurden davon von der jeweiligen Landesbehörde abgelehnt?
2. In wie vielen der abgelehnten Fälle nach Frage 1 hat es nachfolgende Gerichtsverfahren gegeben und mit welchem Ausgang (ganz oder teilweises Obsiegen des Landes, Vergleich, sonstige Erledigung, ganz oder teilweise Niederlage des Landes)?
3. Welche Kosten sind dem Land durch die Erledigung der Auskunftsansprüche (grob geschätzt) a) außergerichtlich durch Beantwortung i.S.d. Frage 1 und b) durch die Gerichtsverfahren nach Frage 2 in den Jahren 2020 bis 2025 jeweils und bisher in 2026 entstanden?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Wahrnehmung der Auskunftsansprüche nach IFG, AIG und UIG durch Dritte (bsplw. „Frag-den-Staat“) für die Anspruchsteller?
5. Ausgehend von der Beantwortung der Frage 4: Sieht die Landesregierung hier Änderungs- und/oder Entwicklungsbedarf bei den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften auf Auskunft und Akteneinsicht? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?